

Dr. Ruth Gütter, Oberlandeskirchenrätin der Ev. Kirche Kurhessen-Waldeck

Auswirkungen von TTIP auf die Länder des Südens

Rede zur Demonstration gegen TTIP am 18.4.15 Kassel

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU schlägt in den internationalen Verhandlungsrunden um die Machtverteilung im Welthandel ein neues Kapitel auf. Denn von der „Transatlantic Trade and investment partnership“ kurz TTIP- sind nicht nur die USA und die EU , sondern auch andere Staaten betroffen, insbesondere die sog. Entwicklungsländer. Sie werden in Zukunft im Welthandel noch weniger zu sagen haben als bisher und ihre Chancen auf dem Weltmarkt werden sich noch mehr verschlechtern- mit verheerenden, lebensbedrohlichen Folgen für die Ärmsten der Armen in diesen Ländern.

Gab es bisher im Rahmen der Verhandlungsrunden der WTO- der Welthandelsorganisation - noch multilaterale Verhandlungsrunden, in denen die Entwicklungsländer immerhin noch Sitz und Stimme hatten und sich z.T. gegen manche Vorschläge der Industrieländer zur Wehr setzen konnten, so sind sie nun bei den TTIP Verhandlungen völlig draußen vor, obwohl sie am Ende davon betroffen sein werden.

Denn worum geht es im Kern bei TTIP? Von den politisch Verantwortlichen wird immer wieder behauptet, es ginge um mehr Wachstum und um mehr Arbeitsplätze in der EU und den USA. Studien haben aber gezeigt, dass TTIP gerade mal 0,5 % Wachstum für einen Zeitraum von 10 Jahren bringen soll. Diese sehr geringen Wachstumsraten zeigen, dass es nicht primär darum gehen kann. In Wahrheit geht es darum, dass die EU und die USA sich angesichts des Aufstiegs der Schwellenländer im Welthandel- allen voran China- durch bilaterale Handelsabkommen ihre bisherigen Machtpositionen sichern wollen. Ist TTIP erfolgreich, dann entsteht die weltweit größte Freihandelszone, die 47 % des Weltsozialproduktes erwirtschaftet und 44 % des Welthandels abwickelt. Dies wird der EU und den USA eine große wenn nicht sogar entscheidende Vormachtstellung im gesamten Welthandel sichern, mit der sie den gesamten Welthandel entscheidend beeinflussen können. Und das alles wird auf dem Rücken der armen Länder ausgetragen.

Was werden die Folgen sein?

- 1) Aufgrund ihrer Größe und Macht werden die USA und die EU noch mehr Druck als bisher auf die Entwicklungsländer ausüben können, ihre Schutzmaßnahmen gegenüber den subventionierten Agrarexporten aus den USA und der EU abzubauen. D.h. die im Land produzierten Güter werden nicht mit den subventionierten billigeren Agrarexporten aus den USA und der EU konkurrieren können.
- 2) Die Entwicklungsländer werden noch mehr Probleme haben, ihre Waren in die EU und nach Amerika zu exportieren. Z.B. wird die EU Produkte wie Baumwolle, Tabak, Zitrusfrüchte und Fisch aus den USA beziehen, weil diese dank der Absenkung der Zölle und der günstigeren Produktionsbedingungen in den großen Agrarbetrieben viel günstiger produzieren können. Das wird die kleinbäuerliche Landwirtschaft der Entwicklungsländer schwächen, es wird die Länder abhängig machen von den Preisschwankungen der importierten Waren, ihnen die Chancen auf eine eigene Entwicklung vollends rauben. Es wird die Ernährungssicherung gefährden, wenn nämlich Kleinbauern ihre Produkte nicht mehr verkaufen können und die Ärmsten die steigenden Lebensmittelpreise nicht mehr bezahlen können. Das wird nicht nur die Zahl der Hungernden steigern, sondern auch den Frieden und die Sicherheit in einigen Ländern gefährden. Die Hungeraufstände der vergangenen Jahre wie z.B. in Ägypten zeigen, wohin das führen kann.
- 3) Besonders verheerend wäre die Anwendung des Investorenschutzes auf die Entwicklungsländer, die sich noch viel weniger dagegen wehren können als die Industrieländer. Maßnahmen von Ländern, ihre kleinbäuerliche Landwirtschaft zu stärken, könnten mit Erfolg verklagt werden. Z.B. gab es schon Klagen gegen Brasilien und Indien, die die Produkte ihrer Kleinbauern für die Schulspeisungen oder die öffentlichen Kantinen aufkauften. So etwas würde in Zukunft nicht zulässig sein, weil es die Interessen der internationalen Investoren verletzt und den freien Handel beschädigt.

Brot für die Welt und andere NGOs fordern, dass der Handel eine soziale und ökologische Entwicklung fördern und nicht verhindern soll. Dazu sollen die Industrie, Schwellen und Entwicklungsländer die abgebrochenen multilateralen Handelsrunden in der WTO wieder aufnehmen- insbesondere die sogenannte

Doha Entwicklungsrunde, bei der es um Stärkung der Interessen Entwicklungsländer ging. Sie fordern außerdem, dass es bei allen künftigen Handelsabkommen eine verbindliche Menschenrechtsklausel geben soll. Denn die Menschenrechte, zu denen sich fast alle beteiligten Staaten verpflichtet haben, müssen über den Handelsrechten stehen. Angesichts der großen Überlebensprobleme unserer Zeit wie dem Hunger oder dem Klimawandel brauchen wir im Welthandel nicht niedrigere soziale und ökologische Standards, sondern höhere Standards. Und wir brauchen eine starke nationale und internationale Politik, die solche Standards durchsetzen kann.

Das alles ist mit TTIP nicht zu erwarten, im Gegenteil. Deshalb kann ich als Frau der Kirche nur davor warnen. Wirtschaft- so die Forderung der über 360 Kirchen, die sich im ökumenischen Weltrat zusammengeschlossen haben- Wirtschaft muss dem Leben aller dienen, besonders der Schwachen.

In einem Zitat aus dem gemeinsamen Wort der Evangelischen Kirche in Deutschland und der deutschen Bischofskonferenz zur sozialen und wirtschaftlichen Lage aus dem Jahr 1997 heißt es:“ In der Perspektive einer christlichen Ethik muss alles Handeln und Entscheiden in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft an der Frage gemessen werden, inwiefern es die Armen betrifft, ihnen nützt und sie zu eigenverantwortlichen Handeln befähigt“.

Mir scheint, dass die verantwortlichen Politiker in der EU und den USA, die TTIP durchsetzen wollen, weit weg sind von einer solchen Perspektive. Wenn auch nicht alle diese christliche Perspektive teilen mögen, so sind sie immerhin dazu verpflichtet, dem Gemeinwohl zu dienen. Manche unter ihnen sind auch sicher einmal dafür in die Politik gegangen, weil sie dem Gemeinwohl dienen wollen. Mit den heutigen Demonstrationen wollen wir sie an diese Aufgabe von Politik unüberhörbar und nachdrücklich erinnern. Denn unsere Gesellschaft lebt von denen – ob in Politik, Wirtschaft oder Zivilgesellschaft-, die für das Gemeinwohl eintreten und dieses vor dem Profitinteressen einzelner schützen. Diesen Kräften, von denen der Zusammenhalt unserer Gesellschaft lebt, geben wir heute unsere Stimme.

Ich danke ihnen.